

**Roter Adler**



**Am 24. September  
wählen!  
Nicht mit links,  
aber DIE LINKE!**

*Wir, die LINKEN; bleiben bei unserer Grundorientierung für die politische Formierung der Bundesrepublik Deutschland. Der innere Zustand unseres schönen, starken Landes berührt nicht nur das Leben vor Ort, sondern betrifft auch die Gestaltung vernünftiger Verhältnisse in der Welt.*

*Wir stehen*

- für Frieden, gegen Rüstung und militärische Auslandseinsätze
- für soziale Gerechtigkeit und Demokratie
- für eine Wirtschaftspolitik mit sozial-ökologischer Ausrichtung
- für Mindestlöhne und die Abschaffung prekärer Beschäftigungen
- für ehrliche Renten und solidarische Gesundheitsvorsorge

## **Unsere Kandidatin**

Mein Name ist Kerstin Kühn. Ich kandidiere zur Bundestagswahl für die LINKE im Wahlkreis 59. Ich möchte deshalb die Gelegenheit nutzen, einige Grundpositionen der LINKEN, für die auch ich stehe, darzustellen.

### **Was für soziale Verhältnisse!**

Die steigende Kinderarmut, die schlechten Arbeitsbedingungen (Leiharbeit, Teilzeit, Befristungen, Aufstocker) und die Altersarmut sind nicht – wie die anderen uns erzählen – vom Himmel gefallen, sondern Folge der Politik von SPD, CDU, Grünen und FDP der letzten 20 Jahre. Agenda 2010, Renten- und Gesundheitsreform haben uns in diese prekäre Lage geführt. Deshalb will die LINKE – und dafür stehe auch ich ein – dass jeder Mensch in diesem Land gut leben kann und eine Perspektive hat. Die Menschen brauchen dafür kein Mitleid oder Sonntagsreden, sondern endlich konsequentes Handeln.

### **Wahre Gerechtigkeit**

Wir brauchen mehr Gerechtigkeit, tatsächliche Gerechtigkeit. Eigentlich Selbstverständliches wollen wir wieder selbstverständlich machen – jeder soll von seiner Arbeit leben können, jedes Kind soll wieder die gleichen Chancen haben und jeder Rentner soll seinen Lebensabend genießen können!

### **Unsere Vorschläge:**

Es geht uns zum Beispiel um gute Arbeit.

Wir wollen den **Mindestlohn** auf **12 Euro** erhöhen und Befristungen ohne sachlichen Grund, Leiharbeit und den Missbrauch von Werkverträgen abschaffen. Statt unfreiwilliger Teilzeit für die einen und Überstunden für die anderen wollen wir eine **kürzere Vollzeit für alle**. Damit soll auch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden. Und wir bleiben dabei: **Hartz IV muss weg**. Es muss ersetzt werden durch eine Mindestsicherung von 1050 Euro ohne Sanktionen. Das Arbeitslosengeld I muss länger und schneller bezogen werden können.

Es geht uns zum Beispiel um eine **andere Rentenpolitik**.

Gute Rente muss armutsfest sein und den Lebensstandard sichern. Das **Rentenniveau** muss wieder auf **53 Prozent** angehoben werden. Für einen „Durchschnittsrentner“ bedeutet das 130 Euro im Monat mehr. Die **Ostrenten** müssen endlich den Westrenten **angepasst** werden. Zeiten im Niedriglohn wollen wir hochwerten: Für eine Verkäuferin wären das 270 Euro im Monat mehr. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente von 1050 €. Und wir wollen eine **solidarische Gesundheitsversicherung**, in die alle mit allen Einkommen einzahlen. Arbeitgeber und Beschäftigte tragen die Beiträge zu gleichen Teilen. Und die Beitragsbemessungsgrenze muss abgeschafft werden. Damit

können die Beiträge gesenkt werden und Zuzahlungen können entfallen.



Kerstin Kühn, verheiratet, zwei Kinder, ein Enkelkind, Rechtsanwältin

Dieser Anspruch gilt auch für eine **solidarische Pflegeversicherung**, in die nicht zugezahlt werden muss. Alle können gut und nah am Wohnort gepflegt werden.

### **Wie ist das zu stemmen?**

Das alles muss und kann finanziert werden, indem das Steuerrecht verändert wird:

Hohe Einkommen müssen stärker belastet werden, um die unteren und mittleren zu entlasten. Alle, die (alleinstehend, Steuerklasse 1) weniger als 7100 Euro brutto im Monat verdienen, werden entlastet: Wer 1.700 Euro hat, behält 130 Euro mehr, wer 3.400 Euro verdient, behält 215 Euro mehr. Dafür belasten wir **hohe Einkommen und Managergehälter mit höheren Steuersätzen**. Den Billigtarif für die Versteuerung von Kapitalerträgen (**Abgeltungsteuer**) wollen wir

**abschaffen** – wer an der Börse spekuliert, muss mindestens genauso viel Steuern zahlen, wie jener, der täglich arbeiten geht. Für alle ist genug da, wenn alle ihren Verhältnissen entsprechend beisteuern.

Wir wollen eine **Vermögensteuer von 5 Prozent ab der zweiten Million Euro** Vermögen einführen.

Mit den so erzielten Mitteln kann in gute Schulen, Kitas und Krankenhäuser investiert werden.

Die genannten Punkte sind nur ein Ausschnitt aus unseren Zielstellungen. Aber es sind Veränderungen in unserer Gesellschaft, die dringend geboten sind und dazu führen können, soziale Gerechtigkeit auch wirklich herzustellen.

### **Und wie geht's politisch?**

Nur mit einer starken Fraktion der LINKEN im Bundestag werden diese Themen auch auf die Tagesordnung gesetzt werden. Das hat sich schon in der vergangenen Zeit gezeigt.

So war die LINKE die erste Partei, die sich für einen Mindestlohn stark gemacht hat. Ich bin überzeugt, daß nur entsprechender politischer Druck sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch zu Veränderungen führen wird.

Deshalb braucht es eine starke LINKE.

Sehr geehrte Panketalerinnen und Panketaler, ich möchte mich gern, gestärkt durch Ihre Unterstützung, für die hehren Ziele, die die LINKE verfolgt, mit meiner ganzen Kraft einsetzen.

Vertrauen Sie mir Ihre Stimme an.

## **Bei 0-Zinsen ohne Risiko hohe Renditen kassieren.**

Ein Gaunerstück auf Kosten des Gemeinwesens.

Fast geräuschlos ist den regierenden Parteien von CDU/CSU und SPD kurz vor der Sommerpause ein Coup gelungen, der es in sich hat. Bundestag und Bundesrat haben einer Änderung des Grundgesetzes zugestimmt, mit der es Finanzinvestoren wie Banken, Pensionsfonds oder Versicherungen möglich wird, über Öffentlich-Private-Partnerschaften, kurz ÖPP genannt, oder Infrastrukturgesellschaften öffentliches Eigentum zur Erwirtschaftung hoher Renditen zu übernehmen. Nach den Privatisierungswellen der vergangenen Jahrzehnte, erinnert sei an die Überführung öffentlichen Eigentums in Privat-hand bei Volkswagen, der Energiewirtschaft, von Post, Telekommunikation und Bahn, ist nun das Tor geöffnet für einen neuen Schub der Privatisierung. Hintergrund ist die gierige Suche großer Kapitalgesellschaften nach immer profitableren Anlagemöglichkeiten. Für die öffentliche Infrastruktur in Deutschland hat die OECD bis 2030 einen Investitionsbedarf von 280 bis 360 Milliarden Euro ermittelt. Welch ein Potenzial für neue Anlageprodukte! Kein Wunder, dass die Begehrlichkeiten hier besonders groß sind. Das Argument der Politiker und Wirtschaftslobbyisten ist immer das gleiche: die Privaten können es viel besser als die Öffentlich-rechtlichen, nur so könne der Investitionsstau schnell beseitigt werden. So lügt man sich also in die eigene Tasche.

Das wichtigste Projekt dieser Art ist aktuell die Schaffung einer privatrecht-

lichen Infrastrukturgesellschaft zur Verwaltung der Autobahnen. Darin eingeschlossen die Option, dieses Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, jeglicher Kontrolle durch das Parlament entzogen. Wie so etwas funktioniert, kann man sich bei der österreichischen Autobahngesellschaft ASFINAG ansehen. Die Konstellation aus niedrigen Zinsen, privaten Kapitalreserven und staatlichen Schuldenregeln garantiert eine hohe und vor allem risikofreie Rendite. Aufgehäufte Schulden, bei der ASFINAG inzwischen 11,6 Mrd. Euro, müssen von den Steuerzahlern beglichen werden. Es gibt auch die ersten Erfahrungen in Niedersachsen beim privat finanzierten Bau von Autobahnabschnitten der A7. Eine scheinbar bequeme Sache für das Land, aber, so die Kritik des Bundesrechnungshofes, die finanziellen Aufwendungen sind zwölf Millionen Euro teurer gegenüber den herkömmlichen Baukosten.

Zu den Kritikern der Verfassungsänderung vom Juni gehört auch Bundespräsident Norbert Lammert (CDU), der von einem „monströsen Eingriff in das Grundgesetz“ spricht und davor warnt, das Prinzip der öffentlichen Zuständigkeit immer weiter aufzugeben. Was auch auf eine Erosion der Demokratie hinausläuft, wie es in einer Untersuchung der Heinrich-Böll-Stiftung dazu heißt. Denn die privaten Gesellschaften berufen sich auf ihr Geschäftsgeheimnis, und bei juristischen Auseinandersetzungen treten private Schiedsgerichte auf den Plan.

Der Staat oder die Länder vergeben sich so ein wichtiges Mittel bei der Gestaltung öffentlicher Daseinsvorsorge. Wer draufzahlt, ist immer der Steuerzahler und die Gemeinschaft als Ganzes.

Die LINKE lehnt eine fortgesetzte Privatisierung öffentlichen Eigentums ab. Wir brauchen keine privatisierten Autobahnen, sondern gut funktionierende Verwaltungen, die verantwortungsvoll die erforderlichen Investi-

tionen planen und umsetzen und mit den nötigen finanziellen Mitteln ausgestattet sind. Es sage keiner, in diesem Lande sei kein Geld vorhanden.

Wie Bund, Länder und Kommunen entsprechend finanziell besser ausgestattet werden können, wäre eine weiterführende Betrachtung. Dazu steht Aufschlußreiches auch im Steuerkonzept der LINKEN für die kommenden Wahlen zum Deutschen Bundestag.

**Lothar Gierke**

## **Freude über Baufortschritt beim Geh- und Radweg**

Dennoch nötig, Mängel sofort zu beheben

Am 23. Juni 2017 trafen sich die Landtagsabgeordneten Britta Stark und Ralf Christoffers sowie Bürgermeister Fornell mit Vertretern der Bürgerinitiative „Pro Radweg“, der Presse und des Landesbetriebes Straßenwesen, um sich vor Ort ein Bild über den Fortschritt beim Bau des Radweges Gehrenberge-Bernau zu machen.

Besondere Freude kam bei den BI-Vertretern Sabine Rädisch, Sigrid Zehms, Dieter Schwertner und Christel Zillmann auf, als der zuständige Planungsabteilungsleiter im Landesbetrieb Straßenwesen, Herr Schade, mitteilte, daß das Bauprojekt planmäßig Ende September 2017 fertiggestellt sein soll.

Die Mitstreiter der Bürgerinitiative, die seit nunmehr zehn Jahren um diesen 2,4 Kilometer langen Rad- und Gehweg an der L 200 ringen, über 4000 Unterschriften sammelten und diese im Laufe der Jahre an drei (!) Verkehrsminister im Land Brandenburg übergaben, sind natürlich erfreut darüber, daß das Land Brandenburg inzwischen

über 1,1 Mio. Euro in unser so wichtiges Radweg-Projekt investiert hat. Schließlich ist der Baufortschritt für jedermann sichtbar, und die bereits fertiggestellte Strecke wird schon vor einer offiziellen Freigabe von nicht wenigen Radfahrern „eingefahren“!

Doch als BI wollen wir den Bau des Geh- und Radweges Gehrenberge-Bernau nicht nur auf der „Zielgeraden“, sondern bis zur tatsächlichen Fertigstellung und offiziellen Freigabe für Fußgänger und Radfahrer kritisch begleiten. So ist es angebracht, auf inzwischen sich zeigende Mängel hinzuweisen. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten häufig kräftige Regengüsse erlebt, die überraschenderweise zu „Dauerüberflutungen“ mehrerer bereits fertiggestellter Bauabschnitte des Radweges geführt haben. Hier erwarten wir von den Verantwortlichen unverzüglich effektive Nachbesserungen besonders bei der Umsetzung des Regenentwässerungskonzeptes für den Radweg.

Des Weiteren sollte auch der Fachbereich I der Panketaler Verwaltung (Bauen-Wohnen und Verkehrsflächen) die Umsetzung des Gemeindevertreterbeschlusses PV 86/2007/16 zur Errichtung einer Beleuchtung im Zuge des Radwegneubaus zeitnah realisieren. Schließlich soll der neugebaute Geh- und Radweg künftig ganzjährig

und zu jeder Tages- und Nachtzeit genutzt werden können.

Wir hoffen, dass die benannten Probleme noch vor Bauabschluss gelöst werden und ein einladender Geh- und Radweg ab dem 20. Oktober von vielen Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden kann.

**Christel Zillmann**

## **Frieden schaffen ohne Waffen**

Die NATO hat vor einiger Zeit beschlossen, dass bis 2025 die Militärausgaben der Mitgliedsstaaten auf 2% des Bruttoinlandprodukts anwachsen sollen. Deutschland müsste die Rüstungsausgaben von 41,6 Mrd. (2016) US-\$ auf über 70 Mrd. US-\$ steigern. Die NATO gab 2016 insgesamt 921,4 Mrd. US-\$ dafür aus, die USA allein 664,1 Mrd. und Westeuropa zusammen 241,8 Mrd.

Gegen welche „Feinde“ oder potentielle Bedrohungen rüstet die NATO eigentlich auf? Gegen China mit seinen 215 Mrd. Rüstungsausgaben? Oder gegen Russland mit seinen 69,2 Mrd.?

Die größte Bedrohung des Weltfriedens geht zurzeit von zwei Staaten aus. Von Nord-Korea mit seinem kindischen Staatschef Kim Yon Un und den USA mit ihrem irrational denkenden und handelnden Präsidenten Trump. Natürlich hat der Konflikt Ursachen. Bereits Präsident Reagan bezeichnete Nord-Korea als Schurkenstaat - eine konkrete Drohung. Daneben wurden noch der Iran und Libyen als Schurkenstaaten bezeichnet. Und seit dem militärischen Eingreifen der NATO gibt es faktisch keinen libyschen Staat mehr. US-Präsident Trump will aus dem Atomabkommen mit dem Iran aussteigen. Also

aus amerikanischer Sicht immer noch ein „Schurkenstaat“!

Die fatale Logik aus dieser amerikanischen Bedrohung heißt, eigene Atomwaffen mit Trägersystemen, die die USA erreichen, schützen vor einer US-Aggression. Dass die USA schon immer versucht haben, alles aus dem Weg zu räumen, was ihren Interessen entgegensteht, beweist die Geschichte. „Amerika first“ galt auch schon vor Trump. 1953 Sturz des demokratisch gewählten iranischen Regierungschefs Mossadegh. 1958 Invasion im Libanon, nachdem eine linke Gruppierung die Wahl gewann. 1973 Sturz von Präsident Allende in Chile; aktiv unterstützt durch die CIA. 1979 Invasion der Insel Grenada. 1989 Einmarsch in Panama zum Sturz des Präsidenten Noriega. Besonders in Mittel- und Südamerika sind zahlreiche direkte oder verdeckte Operationen zum Sturz von Regierungen durchgeführt worden. Dazu gehören auch die versuchte Invasion in der Schweinebucht auf Kuba und über 63 Mordversuche an Fidel Castro. Fazit: Wer gut ist, bestimmen die USA, und wer es nicht ist, ist akut gefährdet. Die letzten Beispiele sind der völkerrechtswidrige Irak-Krieg und

das Eingreifen in Lybien wider die UNO-Resolution. Gehört amerikanisches Vormachtstreben zu den Werten, auf die sich unsere so gelobte Wertegemeinschaft gründet? Zurück zu Korea. Der Koreakrieg ist seit über 60 Jahren vorbei. Warum hat sich die westliche Gemeinschaft nie bemüht, ein normales zwischenstaatliches Verhältnis zu Nord-Korea herzustellen? Mit dem Verhalten des Westens wurde die Paranoia der Familie Kim regelrecht gezüchtet. Kein Konflikt ist nach dem Zweiten Weltkrieg durch Krieg gelöst worden. Im Gegenteil, Krieg war die Ursache von nachfolgenden Konflikten; wie z. B. die Entstehung des IS nach dem Irak-Krieg! Darum: Was soll der Rüstungswahnsinn. Der eigentliche Gewinner ist die Rüstungsindustrie, die überall auch die Wahlkampffonds ihr genehmer Parteien und Politiker sponsert.

Eine Reduzierung der Rüstungsindustrie und des Waffenexports würde Arbeitsplätze kosten, sagt die Rüstungslobby. Bei denen sicher. Aber nicht zum Schaden des Gemeinwesens. Immerhin belegen Studien, daß jede Summe, die in den Ausbau der Infrastruktur, des Gesundheitswesens und der Bildung gesteckt wird, mehr Arbeitsplätze schafft als die Rüstungsindustrie. Konflikte lassen sich friedlich durch den Interessenausgleich der Beteiligten lösen. Das heißt aber auch, dass der Westen aufhören muss, anderen Staaten seine Wertordnung aufzuzwingen. In vielen Regionen dieser Welt ticken die Uhren aufgrund der sozialen und kulturellen Traditionen anders als bei uns. Das zu akzeptieren vermindert das Konfliktpotential. Darum steht DIE LINKE für "Frieden schaffen mit immer weniger Waffen!"

**Michael Wetterhahn**

## Über die Willkommensinitiative Panketal

Viele ehrenamtliche Helfer der "Willkommensinitiative Panketal" engagieren sich seit Anfang 2013 in unterschiedlichen Aufgabenbereichen (Deutschunterricht, Hilfe bei Verwaltungsangelegenheiten, Arztbesuchen, Kinderbetreuung, Schuleinweisung usw.). Es sind etwa 60 Asylbewerber, wie Millionen andere durch die Folgen imperialistischer Politik aus ihrer Heimat vertrieben, die in Panketal betreut wurden. Um ihre Integration in die neue Heimat zu fördern, organisierte die WKI u.a. die Teilnahme an Arbeitsgruppen der Schulen, an der Feriengestaltung, an der Tour de Tole-

rance, an einem Solidaritätskonzert in der Philharmonie. Feste schufen Gelegenheit, heimische Bräuche und Gewohnheiten kennenzulernen und Kontakte mit Bewohnern aus Panketal zu knüpfen. Ohne weitere Leistungen und Erfolge aufzählen oder gar auf Probleme des im Herzen Panketals liegenden Übergangsheims eingehen zu können, ist festzustellen, dass sich die in Panketal angesiedelten Asylbewerber wohlfühlen und angekommen sind. Wir wünschen ihnen nach all den überstandenen Schrecken eine gute, friedliche Zukunft.

**HB**

Inhalt:	Beste Wahl: DIE LINKE	S.1
	Die Direktkandidatin und ihre Orientierung	S.2/3
	Wie Selbstbedienung funktioniert	S.4
	Frei Fahrt für Tretnobile	S.5
	Wir haben eure Kriege satt!	S.6
	Schicksale erleichtern	S.7
	Wahlempfehlung	S.8

**Impressum:** Hg: die Linke.Ortsverband und Fraktion Panketal  
 Kontakt: Dr.Lothar Gierke, e-mail: L-Gierke@gmx.de/  
 www.dielinke-panketal.de  
 Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die Autoren verantwortlich.  
 Erscheint in freier Folge; Aufl.: 5000; Red.Schluss: 30.08.2017

Das Land verändern!



für Frieden und Abrüstung,  
Gerechtigkeit, bessere  
Bildung, mehr Personal in  
der Pflege, faire Löhne

Kerstin Kühn Wahlkreis 59

am 24. September **DIE LINKE.**